



Bozen, 22.06.2018

Bearbeitet von:
Stephan Tschigg
Tel. 0471 417520
stephan.tschigg@schule.suedtirol.itJimmy Loro
Tel. 0471 417520
jimmy.loro@schule.suedtirol.itAn die Direktionen
der Grundschulsprengel
der Schulsprengel
der Mittel- und OberschulenZur Kenntnis: An den Verantwortlichen für die Korruptionsvorbeugung
der Landesverwaltung
Eros Magnago
Generalsekretariat des Landes**Mitteilung****Veröffentlichungspflichten für Schulführungskräfte**

Sehr geehrte Frau Direktorin, sehr geehrter Herr Direktor,

die auf der Grundlage des Antikorruptionsgesetzes Nr. 190/2012 erlassenen gesetzesvertretenden Dekrete (Nr. 33/2013 und Nr. 39/2013) sehen für Führungskräfte die Verpflichtung vor, eine Reihe von Erklärungen abzugeben, die dann auf der institutionellen Homepage in der Abteilung „Transparente Verwaltung“ veröffentlicht werden.

I. Veröffentlichungspflichten gemäß Art. 14 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 33/2013

Die zuständigen Verwaltungen müssen die folgenden Dokumente und Informationen der Führungskräfte veröffentlichen:

- a) das Ernennungsdekret mit Angabe der Dauer des Führungsauftrages
- b) den Lebenslauf (im Beschluss der Landesregierung Nr. 393/2018 wird präzisiert, dass der Lebenslauf laut „gültigem europäischen Muster“ zu erstellen ist; die Europass-Vorlage kann auf folgender Internetseite heruntergeladen werden: <https://europass.cedefop.europa.eu/de/documents/curriculum-vitae/templates-instructions>),
- c) die Vergütungen (werden von Amts wegen veröffentlicht)
- d) die Übernahme anderer Ämter in öffentlichen oder privaten Körperschaften und die entsprechenden Vergütungen, (siehe Anlage)
- e) allfällige Beauftragungen zu Lasten der öffentlichen Finanzen und die zustehende Vergütung. (siehe Anlage)

Die Erklärungen gemäß den Buchstaben d) und e) sind jährlich abzugeben und an die Abteilung Bildungsverwaltung zu übermitteln und beziehen sich auf das vorher gehende Kalenderjahr.

Diese Erklärungen sind auf der Homepage der Schule, Sektion „Transparente Verwaltung“, zu veröffentlichen. Im Sinne einer Serviceleistung werden diese Erklärungen auf der Homepage der Deutschen Bildungsdirektion, Sektion Transparenz, veröffentlicht (und mit der Sektion „Transparente Verwaltung“ der Homepage der



Landesverwaltung verlinkt), sodass die Schulen auf ihren Homepages, in den Sektionen zur transparenten Verwaltung, lediglich eine Verlinkung zu diesen Daten/Informationen herstellen können.

Gemäß Beschluss der staatlichen Antikorruptionsbehörde ANAC vom 8. März 2017, Nr. 241, gelten diese Veröffentlichungspflichten auch für jene (Schul)Führungskräfte, die keine Schuldirektion leiten, sondern Inspektions-, Beratungs-, Studien- oder Forschungsaufträge innehaben.

II. Erklärung über das Nichtvorhandensein von Gründen der Nichterteilbarkeit des Führungsauftrages

Bevor der Auftrag als Schulführungskraft erteilt wird, hat die betreffende Person gemäß Art. 20 Absatz 1 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 39/2013 bzw. laut Art. 3 des Dekrets des Landeshauptmanns Nr. 12/2018 der Abteilung Bildungsverwaltung eine Eigenerklärung vorlegen, die bestätigt, dass keine Gründe für die Nichterteilbarkeit des Auftrags vorliegen. Ohne diese Eigenerklärung ist der Auftrag unwirksam. Der Eigenerklärung muss eine Aufstellung sämtlicher Aufträge und Ämter beigelegt werden, die die zu ernennende Person derzeit ausübt oder in den letzten zwei Jahren ausgeübt hat; zudem müssen allfällige Verurteilungen wegen Straftaten gegen die öffentliche Verwaltung angeführt werden.

Ein solcher Hinderungsgrund liegt gemäß dem gesetzesvertretenden Dekret Nr. 39/2013 vor, wenn die Führungskraft:

- wegen einer der Straftaten gegen die öffentliche Verwaltung laut erstem Abschnitt des zweiten Titels des zweiten Buches des Strafgesetzbuches (wie z.B. Amtsunterschlagung, Veruntreuung zu Lasten des Staates, Erpressung im Amt, Bestechung, Amtsmissbrauch, Nutzung und Verwendung von Amtsgeheimnissen, Verweigerung oder Unterlassung von Amtshandlungen, Unterbrechung eines öffentlichen Dienstes) verurteilt wurde – auch wenn das Urteil nicht rechtskräftig ist. Ein Urteil nach Art. 444 der Strafprozessordnung (Strafzumessung auf Antrag der Partei) wird einer Verurteilung gleichgesetzt (vgl. Art. 3),
- in den zwei vorhergehenden Jahren Mitglied des Südtiroler Landtages bzw. des Regionalrates oder der Landesregierung bzw. der Regionalregierung, die den Auftrag erteilt hat, oder
- im vorhergehenden Jahr Mitglied des Gemeinderates oder Gemeindeausschusses einer Gemeinde mit mehr als 15.000 Einwohnern oder
- Vorsitzende bzw. Vorsitzender oder beauftragte Verwalterin bzw. beauftragter Verwalter bei privatrechtlichen Körperschaften, die von der Region, vom Land oder von Gemeinden kontrolliert werden, war (vgl. Art. 7 Absatz 1).

Diese Eigenerklärung müssen alle jene Personen abgeben, die ihren ersten Führungsauftrag bzw. einen Direktionsauftrag erhalten, sowie alle jene Schulführungskräfte, deren Führungsauftrag geändert (Wechsel von einer Schuldirektion in eine andere) oder nach Ablauf der regulären Dauer (für dieselbe Schuldirektion) verlängert wird.

Ohne diese Eigenerklärung ist der Auftrag unwirksam (siehe Anlage).

III. Erklärung über das Nichtvorhandensein von Unvereinbarkeitsgründen

Gemäß Art. 20 Absatz 2 des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 39/2013 bzw. laut Art. 3 des Dekrets des Landeshauptmanns Nr. 12/2018 müssen die Personen, die ihren ersten Führungsauftrag erhalten, sowie die Inhaberinnen und Inhaber eines Führungsauftrages während der Ausführung des Auftrages jährlich der Abteilung Bildungsverwaltung eine Eigenerklärung vorlegen, die bestätigt, dass keine Unvereinbarkeitsgründe mit dem Führungsauftrag vorliegen.

Einige Fälle von Unvereinbarkeit laut gesetzesvertretendem Dekret Nr. 39/2013 sind u.a. dann gegeben, wenn man:

- eine freiberufliche Tätigkeit ausübt, die von derselben Verwaltung oder Körperschaft, die den Führungsauftrag erteilt hat, geregelt, finanziert oder vergütet wird,
- im Laufe des Führungsauftrages ein Amt als Mitglied im Steuerungsorgan derselben öffentlichen Verwaltung annimmt oder beibehält, welche den Führungsauftrag erteilt hat,
- Mitglied des Südtiroler Landtages bzw. des Regionalrates oder der Landesregierung bzw. der Regionalregierung ist,
- Mitglied des Ausschusses oder Rates einer Gemeinde oder eines Zusammenschlusses von Gemeinden mit einer Bevölkerung von insgesamt über 15.000 Einwohnern ist,



- Vorsitzende bzw. Vorsitzender, beauftragte Verwalterin bzw. beauftragter Verwalter oder Mitglied im Steuerungsorgan von privatrechtlichen Körperschaften ist, die von der Region, vom Land oder von Gemeinden bzw. Zusammenschlüssen von Gemeinden mit mehr als 15.000 Einwohnern kontrolliert werden.

Die im gesetzesvertretenden Dekret Nr. 39/2013 enthaltenen Fälle von Unvereinbarkeit von Führungsaufträgen ergänzen die bereits bestehenden Bestimmungen zur Unvereinbarkeit (z.B. Art. 13 Absatz 9 des Landesgesetzes vom 29. Juni 2000, Nr. 12, oder die einschlägigen Bestimmungen laut dem gesetzesvertretenden Dekret Nr. 165/2001) und ersetzen diese, falls sie restriktiver als die bestehenden Bestimmungen sind. Die Bestimmungen über die Versetzung in den Wartestand im Falle von Unvereinbarkeit bleiben aufrecht.

Die Ausübung von unvereinbaren Tätigkeiten laut dem gesetzesvertretenden Dekret Nr. 39/2013 bewirkt den Verfall vom Führungsauftrag und die Auflösung des Arbeitsvertrages nach Ablauf einer Frist von 15 Tagen ab dem Tag, an dem der Antikorruptionsverantwortliche den Inhaber/die Inhaberin des Auftrags dazu auffordert, sich innerhalb einer Ausschlussfrist von 15 Tagen zwischen der Beibehaltung des Auftrags und der Ausübung der damit unvereinbaren Aufträge, Ämter oder Tätigkeiten zu entscheiden. (vgl. hierzu Art. 7 Absatz 6 des DLH Nr. 12/2018)

Gemäß Art. 20 Absatz 3 des Gv.D. Nr. 39/2013 werden die gemäß Ziffer I) und II) abgegebenen Erklärungen auf der Homepage der Deutschen Bildungsdirektion, Sektion Transparenz veröffentlicht, und mit der Sektion „Transparente Verwaltung“ der Homepage der Landesverwaltung verlinkt. Sie können in der Folge mit der Sektion „Transparente Verwaltung“ der Homepage Ihrer Schule verlinkt werden.

Dies vorausgeschickt, ersuche ich Sie, die beigefügten Dokumente (siehe Anlagen A bis C) auszufüllen, in ein pdf-Dokument umzuwandeln, digital zu unterschreiben sowie Ihren Lebenslauf laut Europass-Vorlage bis **Freitag, 6. Juli 2018**, ausschließlich an folgende E-Mail-Adresse zu senden: bildungsverwaltung@schule.suedtirol.it

Für allfällige Fragen stehen Ihnen Herr Jimmy Loro (Tel. 0471 417530) oder Frau Costanza Pozzo vom Amt für Bildungsordnung (Tel. 0471 417533) zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Der Abteilungsdirektor
Stephan Tschigg
(mit digitaler Unterschrift unterzeichnet)

Anlagen:

Anlage A: Nichterteilbarkeit - Erklärung

Anlage B: Unvereinbarkeit - Erklärung

Anlage C: Erklärung betreffend die Übernahme von weiteren Ämtern bei anderen öffentlichen oder privaten Körperschaften und die entsprechenden Vergütungen sowie von Beauftragungen zu Lasten der öffentlichen Finanzen

Papierausdruck für Bürgerinnen und Bürger ohne digitales Domizil

(Artikel 3-bis Absätze 4-bis, 4-ter und 4-quater des
gesetzesvertretenden Dekretes vom 7. März 2005, Nr. 82)

Dieser Papierausdruck stammt vom Originaldokument in elektronischer Form, das von der unterfertigten Verwaltung gemäß den geltenden Rechtsvorschriften erstellt wurde und bei dieser erhältlich ist.

Der Papierausdruck erfüllt sämtliche Pflichten hinsichtlich der Verwahrung und Vorlage von Dokumenten gemäß den geltenden Bestimmungen.

Das elektronische Originaldokument wurde mit folgenden digitalen Signaturzertifikaten unterzeichnet:

Name und Nachname / nome e cognome: STEPHAN TSCHIGG

Steuernummer / codice fiscale: IT:TSCSPH72A07A952D

certification authority: InfoCert Firma Qualificata 2

Seriennummer / numero di serie: 416bbb

unterzeichnet am / sottoscritto il: 22.06.2018

*(Die Unterschrift der verantwortlichen Person wird auf dem Papierausdruck durch Angabe des Namens gemäß Artikel 3 Absatz 2 des gesetzesvertretenden Dekretes vom 12. Februar 1993, Nr. 39, ersetzt)

Am 25.06.2018 erstellte Ausfertigung

Copia cartacea per cittadine e cittadini privi di domicilio digitale

(articolo 3-bis, commi 4-bis, 4-ter e 4-quater del decreto
legislativo 7 marzo 2005, n. 82)

La presente copia cartacea è tratta dal documento informatico originale, predisposto dall'Amministrazione scrivente in conformità alla normativa vigente e disponibile presso la stessa.

La stampa del presente documento soddisfa gli obblighi di conservazione e di esibizione dei documenti previsti dalla legislazione vigente.

Il documento informatico originale è stato sottoscritto con i seguenti certificati di firma digitale:

*(firma autografa sostituita dall'indicazione a stampa del nominativo del soggetto responsabile ai sensi dell'articolo 3, comma 2, del decreto legislativo 12 febbraio 1993, n. 39)

Copia prodotta in data 25.06.2018